



Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 11014 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Leif-Erik Holm
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 06. Oktober 2021

BETREFF **Schriftliche Frage Monat September 2021**
HIER **Arbeitsnummer 9/419**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Helmut Teichmann

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Leif-Erik Holm
vom 30. September 2021
(Monat September 2021, Arbeits-Nr. 9/419)

Frage

Inwiefern unternimmt die Bundesregierung konkrete Schritte, um Polen bei der Sicherung der EU-Außengrenze nach Weißrussland zu unterstützen (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/polen-grenze-notstand-belarusfluechtlinge-101.html>), und welche eigenen Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob Migranten von Weißrussland gezielt in die EU eingeschleust werden (<https://www.dw.com/de/eu-will-migration-%C3%BCber-belarus-stoppen/a-58901049>)?

Antwort

Ein Unterstützungsersuchen Polens zur Sicherung der EU-Außengrenze nach Belarus liegt der Bundesregierung nicht vor. Die Bundesregierung unterstützt den Vorschlag der EU-Kommission, der polnischen Regierung die Unterstützung der EU und seiner Agenturen anzubieten und ist hierzu mit der Kommission und der polnischen Regierung im Gespräch.

Nach Kenntnis der Bundesregierung befördert das Lukashenka-Regime aktiv die irreguläre Einreise in die EU, indem es Staatsangehörigen bestimmter Länder vereinfachte oder visafreie Einreisen nach Minsk ermöglicht und deren Beförderung an die Grenzen zu Litauen, Lettland und Polen unterstützt. Außerdem gibt es Erkenntnisse, wonach das Lukashenka-Regime die Einrichtung und den Ausbau von Flugverbindungen aus weiteren Herkunftsländern nach Belarus fördert. Zu den Umständen der Reise und des Grenzübertritts irregulärer Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten von Belarus in die EU verfügt die Bundesregierung über keine eigenen Erkenntnisse.